

# Ratsversammlung Kellinghusen stimmt für Erhöhung des Wasserpreises

Von [Christian Lipovsek](#) | 04.12.2023, 17:00 Uhr



Der Wasserpreis in Kellinghusen steigt. Foto: Christian Lipovsek

Der Grundpreis steigt um einen Euro, der Kubikmeterpreis um knapp 30 Cent. Abhängigkeit vom Notdienst aus Itzehoe soll aufgelöst werden.

Wie erwartet hat die Ratsversammlung Kellinghusen am Freitagabend der Erhöhung des Wasserpreises zugestimmt. Demnach steigt der Grundpreis für die meisten Bürger von derzeit 8,25 Euro pro Monat auf 9,25 Euro. Der Verbrauchspreis wird von 1,46 Euro auf dann 1,75 Euro pro Kubikmeter angehoben. Nur die Grünen stimmten dagegen.

Ausschlaggebend für den Preisanstieg seien höhere Kosten, vor allem Energiekosten, verdeutlichte Reinhard Rübner, Ausschussvorsitzender Werke und Betriebe im Rat: „Das Wasserwerk muss kostendeckend arbeiten.“ Rund 90 Prozent seien dabei fix. Das Wasserwerk soll zudem eine weitere Personalstelle erhalten. „So könnten wir die Bereitschaft, die im Moment die Stadtwerke Itzehoe stellen, kündigen“, sagte Rübner und erhielt Zustimmung von Bürgermeister Axel Pietsch. Die Mitarbeiter aus der Kreisstadt seien ortsunkundig und könnten im Notfall kaum helfen. „Die kritische Infrastruktur muss auf eigenen Beinen stehen und von hier aus gelenkt werden“, sagte er.

## Streit um den Wasserpreis

Für die Grünen stellte Udo Kompenhans wie schon im Ausschuss Werke und Betriebe den Antrag, den Wasserpreis allein nach Verbrauch zu erheben und dieses Verfahren nach Ablauf der zehnjährigen Vertragslaufzeit Ende 2027 auch auf den Schlachthof Tönnies anzuwenden. Er fand jedoch abermals keine Unterstützung. Marcus Wack (BfK) nannte das „wirtschaftlichen Wahnsinn“. Und Patrick Langner (CDU) hielt den Grünen reine Parteipolitik vor. „Es gibt einen Vertrag mit Tönnies. Der läuft. Und wenn er endet, dann spricht man miteinander.“

Timo Laackmann (BfK) betonte, auch Wassersparen sei nicht unbedingt ratsam. „Je weniger Wasser verbraucht wird, desto teurer wird der Preis.“ Er stellte zudem fest: „Wir streiten hier

um 30 Euro im Jahr. Das müssen wir uns vor Augen führen.“ Die Grünen hingegen betonten, der Schlachthof spare im Jahr 50.000 bis 80.000 Euro gegenüber den Bürgern. Das gehöre zur Wahrheit auch dazu, so Sylvia und Udo Kompenhans.